

Protokoll

**22. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität
vom 18.02.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.11.2025
- 2. Genehmigung des Protokolls der 21. Ausschusssitzung vom 26.11.2025
- 3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 4. Radverkehrskonzept Zwischenstand 2026/715
- 5. Vorstellung KMM Lenkungsgruppe 2026/716
- 6. Antrag der KTA Flöter, Hennings, Bade und Gallei vom 22.12.2025: Zuschuss zu den Reparaturkosten für die Schnackeburger Fähre „Ilka“ 2026/698
- 7. Kreisweites Klimaschutzkonzept 2025 (Fortschreibung des Masterplan 100% Klimaschutz in Lüchow-Dannenberg) 2025/668
- 8. Antrag von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Donat, KTA Haase-Mühlner, KTA Herzog, KTA Hillmer, KTA Klepper, KTA Korth, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.01.2026: Umsetzung einer Landesbuslinie zwischen Wittenberge (Bahnhof) und Gartow (Kirche) 2026/692
- 9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 9.1. Energiebericht 2024 2026/717
- 9.2. Bericht zur Verwendung der Mittel zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen in kommunalen Wohnungen im Zuge der Energiekrise (KT-Beschluss 2023/544) 2026/718
- 9.3. Evaluation kostenloses Jahresticket bei Führerscheinverzicht 2026/719
- 9.4. Bürgermobile auf www.wendlandmobil.de 2026/720
- 9.5. Vergabe Auftrag „Digitale Energiedatenerfassung mit Energiemanagement-Software“ 2025/684
- 9.6. Elektrobusbeschaffung LSE 2025/682
- 9.7. Beschaffung eines Einachsmähgerät Köppl Taurus 23 2026/722
- 9.8. Beschaffung einer fahrbaren Absperrtafel 2026/723

Nicht öffentlicher Teil

- 10. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 11. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 05.11.2025
- 12. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

- KTA Beckmann, Uwe
- KTA Carmienke, Christian anwesend bis 18:20 Uhr
- KTA Flöter, Anja anwesend von 15:24 Uhr bis 18:14 Uhr
- KTA Goebel, Dietmar anwesend bis 18:00 Uhr
- KTA Haase-Mühlner, Alexander
- KTA Herzog, Kurt
- KTA Kretschmer, Sabine anwesend ab 15:29 Uhr
- KTA Schulz, Torsten
- KTA Siebolds, Reinhard
- KTA Wiehler, Julie Vorsitzende
- KTA Allgayer-Reetze, Patricia
- KTA Hensel, Thorsten anwesend bis 18:20 Uhr
- beratendes Mitglied Busse, Michel
- Dietrich, Uwe
- Kählert, Hinrich
- Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
- Simon, Christopher
- Dittmer, Franziska
- Ebbecke, Isabell
- Seifert, Tilmann

Es fehlen:

KTA Hillmer, Birgitta	entschuldigt
KTA Klepper, Hermann-Dieter	entschuldigt
KTA Sperling, Udo	entschuldigt
KTA Wiegrefe, Wolfgang	entschuldigt
Ließ, Roland	
Beratendes Mitglied FA KliMo Szorec, Gregor	entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr **Ende:** 18:53 Uhr
Nicht öffentlicher Teil: 18:53 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzende Wiehler begrüßt zum Fachausschuss Klima und Mobilität und eröffnet die 22. Sitzung um 15.00 Uhr. Sie fragt nach Anmerkungen oder Beschwerden bzgl. der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung.

KTA Herzog merkt an, dass er sich eine rechtzeitige Einreichung der Anmerkungen zu TOP7 durch die Fraktionen gewünscht hätte,

Vorsitzende Wiehler bestätigt, dass die unkoordiniert gelaufen sei und die Einreichungen der Fraktionen nicht an alle gingen. Sie bittet den Sitzungsdienst darum, zukünftig nachzufragen, wenn er nicht wisse wie mit Einsendungen der KTAs, die keine Anträge seien, umzugehen sei.

EKR Schermuly wird diese Bitte an den Sitzungsdienst weitergeben.

1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.11.2025

Vorsitzende Wiehler führt die Abstimmung zur Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.11.2025 durch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen: Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 3.

2. Genehmigung des Protokolls der 21. Ausschusssitzung vom 26.11.2025

Vorsitzende Wiehler führt die Abstimmung zur Genehmigung des Protokolls der 21. Ausschusssitzung vom 26.11.2025 durch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen: Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 3.

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und bittet die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner um die Nennung ihres Namens, Wohnortes und Anliegens.

Einwohner 1: Herr Wölk aus Kröte fragt StL Simon, wie sichergestellt werden könne, dass Schulkinder, die mit der Landesbuslinie 7000 befördert würden, bei einem Ausfall der Buslinie trotzdem rechtzeitig und sicher nach Hause befördert würden. Als Beispiele des Ausfalls der 7000er Linie führt er ihre Einstellung aufgrund von Schnellfall bereits vor der Vorverlegung des Schülerverkehrs sowie die den Transport an Zeugnistagen an. Er bittet darum den Gleichbehandlungsgrundsatz für alle Schülerinnen und Schüler anzuwenden.

StL Simon antwortet, dass die Kreisverwaltung derzeit daran arbeite, Strukturen und Kommunikationsabläufe zum Schülerverkehr in Sondersituationen wie bei Schneefall zu verbessern. Er verspricht, den von Herrn Wölk genannten Sonderfall der Einstellung des Busbetriebs der Linie 7000 schon vor Bekanntmachung der Vorverlegung des Schülerverkehrs zu prüfen. Bzgl. des Schülerverkehrs an

Zeugnistagen werde ebenfalls intern in Abstimmung mit der Politik an Verbesserungen gearbeitet. Für die Kreisverwaltung entstünden für die Umstellung des Schülerverkehrs an den Zeugnistagen hohe Kosten, die es zu minimieren gelte.

Einwohner 2: Herr Rübsam-Wassong aus Bahrendorf bei Hitzacker, engagiert im Verkehrsclub Deutschland (VCD), bedankt sich zunächst dafür, dass der Landkreis sich an der von ihm vorgestellten Idee für die großflächige Werbung auf Bussen für eine Kampagne für mehr Miteinander im Straßenverkehr beteilige. Er fragt, ob es für die Fahrradstraßen in Hitzacker möglich sei, die Bodenschwellen zu entfernen und durch das Aufstellen von Geschwindigkeitsanzeigetafeln mit Smiley sowie mobilen Blitzgeräten zu ersetzen, um das Einhalten des vorgeschriebenen Tempolimits von 30km/h zu erwirken. Die Bodenschwellen führten zu sehr viel Unmut bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie Rissen in den Häusern.

Vorsitzende Wiehler stellt klar, dass dieses Anliegen in den Ausschuss der Stadt Hitzacker gehöre. Darüber hinaus gehe es auf den Fahrradstraßen darum, die Sicherheit der Fahrradfahrenden zu gewährleisten, was durch Geschwindigkeitsanzeigetafeln nicht der Fall sei. Für das Aufstellen derartiger Tafeln sei relevant, wer der Straßenbauträger sei. Für das Aufstellen der Blitzer sei der Landkreis zuständig. Jedoch sei dieses Thema in Hitzacker bereits vor zwei Jahren erschöpfend behandelt worden.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

4. Radverkehrskonzept Zwischenstand	2026/715
--	----------

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und erteilt Herrn Müller vom Mobilitätswerk Dresden das Wort.

Herr Müller präsentiert den aktuellen Sachstand des Radverkehrskonzepts anhand einer Präsentation und stellt die bisherigen Arbeitsschritte, die Ergebnisse der Zielnetzbefahrung und die kommenden Schritte vor. Im Anschluss an die Präsentation kamen in der Diskussion folgende Fragen auf:

KTA Beckmann fragt, wie die Qualität der Fahrradwegschäden bewertet worden und ob dafür ein Spezialgerät oder eine spezielle Technik genutzt worden sei.

Herr Müller erklärt, dass die Bewertung der Befahrungsqualität der Fahrradstrecken subjektiv erfolge anhand der Befahrungen mit dem Fahrrad.

KTA Herzog kritisiert, dass in der Beteiligungsphase die Beteiligung der politischen Gremien der Samtgemeinden zu kurz gekommen sei bzw. nicht stattgefunden habe. Die aktuelle Frist für die Beteiligung der Samtgemeinden und Gemeinden bis zum 13.03.2026 halte er für zu kurz, weil z.B. in Dannenberg die Themen zum Radverkehr in dem entsprechenden Ausschuss behandelt würden und nicht nur in der Verwaltung. Er wünscht sich eine engmaschige Abstimmung und Zusammenarbeit mit den politischen Gremien auf Stadt-, Gemeinde- und Samtgemeindeebene, wie im KT-Beschluss vom 29.09.2025 gefordert. Zusätzlich halte er es für wichtig, in dem Konzept die Zuständigkeiten für die Pflege, Sanierung und den Winterdienst festzulegen. Darüber hinaus halte er auch das von Herrn Rübsam-Wassong angesprochene Thema für sehr wichtig, dass Maßnahmen auf Mischverkehrsstrecken wie Abstandsregelungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen verbindlich umgesetzt würden. Abschließend fordert er, die 1%-Mittel der Blitzereinnahmen für Sicherheit im Straßen- und Radverkehr zu verwenden und nicht für artfremde Maßnahmen. Außerdem sollten versicherungstechnische Fragen zu Nutzung der Deichverteidigungswege mit den Deichverbänden direkt geklärt werden. Zudem kritisierte er die fehlende Betrachtung der Schulen und Schulwege im Konzept.

Herr Seifert erwidert, dass die Schulen und Schulwege von Anfang an im Konzept berücksichtigt und einbezogen worden seien und dies bereits mehrmals kommuniziert worden sei. Er stellt zum Kritikpunkt der fehlenden Beteiligung der politischen Gremien auf Stadt-, Gemeinde- und Samtgemeindeebene klar, dass bereits seit Anfang 2025 in der Lenkungsgruppe des kommunalen Mobilitätsmanagements darauf hingewiesen worden sei, dass Beteiligungen anstünden und die Einladung des Radverkehrskordinators zu den entsprechenden Sitzungen der politischen Gremien gewünscht sei. Darüber hinaus habe es an diversen Stellen immer wieder Aufforderungen zur Einladung seitens Herrn Seifert gegeben. Zuletzt sei seit Anfang November 2025 darauf hingewiesen worden, die seit dem 15.01.2026 laufende Beteiligungsphase zu nutzen. In den Samtgemeinden Lüchow und Gartow sei Herr Seifert zu Ausschusssitzungen eingeladen gewesen. An die Samtgemeinde Elbtalau sei das Angebot für eine Teilnahme an der entsprechenden Ausschusssitzung ebenfalls erfolgt. Jedoch habe es keine Einladung gegeben. Bzgl. der Deichverteidigungswege zwischen Hitzacker und Dannenberg sowie zwischen Lüchow und Woltersdorf seien diese bereits im Oktober 2025 befahren worden und in das Zielnetz aufgenommen. Ob und welche Maßnahmen letzten Endes dort ergriffen werden können, sei in der späteren Umsetzung zu regeln. Derzeit werde ein fachliches Konzept erstellt, dass noch keine konkrete Umsetzungsplanung beinhalte.

Vorsitzende Wiehler stellt fest, dass offensichtlich ein Kommunikationsproblem zwischen der Kreisverwaltung und der Samtgemeinde Elbtalau vorläge. Sie bittet alle Anwesenden, die auch Teil der Lenkungsgruppe des kommunalen Mobilitätsmanagements seien, bis zum nicht öffentlichen Teil in dieser Ausschusssitzung zu bleiben für eine Aussprache zu den Fragen, wo die Kommunikation gehakt habe und bis wann die entsprechenden politischen Gremien der Elbtalau sich noch beteiligen könnten. Die nächste Sitzung des relevanten Ausschusses der Samtgemeinde fände im Mai statt.

KTA Beckmann schlägt vor, alle Sitzungsdienste der Verwaltungen wiederholt anzuschreiben und auf die Frist der Beteiligungsphase bis zum 13.03.2026 hinzuweisen.

KTA Schulz bestätigt, dass Herr Seifert die Gemeinden mehrmals zur Beteiligung aufgefordert habe und er in der aktuellen Beteiligungsphase bis zum 13.03.2026 noch seine Anmerkungen liefern möchte. Er betont, dass der Aufwand, sich in das GIS-System einzuarbeiten, jedoch sehr hoch sei und ehrenamtliche Bürgermeister an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen könnten. Darüber hinaus hätte er zu jeder Zeit Herrn Seifert zu Gemeinderatssitzungen einladen können. Auch habe sich KTA Herzog umfangreich in den Beteiligungsprozess eingebracht und insbesondere seine Wünsche seien hier berücksichtigt worden.

KTA Hensel merkt an, dass er den Vorschlag, das Thema in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben, als schwierig bewerte. Das Kommunikationsproblem scheint es ja vor allem in dem Bereich der Elbtalau zu geben. Zum Vortrag fragt er, wo Radwege neu gebaut werden sollen.

Herr Müller antwortet, dass die Phase der Maßnahmenbeteiligung noch nicht abgeschlossen sei und sich daher Maßnahmen noch ändern könnten. Als Beispiel nennt er jedoch die Landesstraße zwischen Hitzacker und Neu Darchau über Witzeetze. Die fachliche Begründung für einen Neubau liege aufgrund der Einordnung als Schulweg vor.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob eine solche Maßnahmen dann immer einen Radweg umfasse.

Herr Müller antwortet, dass hiermit ein gemeinsamer Geh- und Radweg gemeint sei als Standardmaßnahme.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob auch andere Maßnahmen wie z.B. Schutzstreifen auf der Straße bei dieser Strecke denkbar wären?

Herr Müller antwortet, dass Schutzstreifen außer Orts aktuell in der Erlasssache seien und noch nicht in der StVO vorgesehen.

Herr Seifert nennt als weiteres Beispiel für einen Radwegneubau den Abschnitt an der Landesstraße zwischen Kassau und Spithal. Hier sei bereits die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) sehr aktiv. Diese profitiere davon, wenn solche Abschnitte in das Radverkehrskonzept aufgenommen würden.

Ein Mitglied des ADFC fragt zum Dienstkraftweg von Lüchow in Richtung Gartow entlang der B493, ob in diesem Bereich weiterhin ein Mischverkehr geplant sei. Diese Strecke sei aufgrund der vielen Kurven und des Lkw-Verkehrs zur Stärkefabrik für Radfahrende sehr gefährlich. Die Alternative über die K2 und K3 fehlten. Im Beteiligungsverfahren habe er darauf bereits hingewiesen. Bisher werde die Gefährlichkeit nicht gesehen.

Vorsitzende Wiehler entgegnet, dass genau dafür das Beteiligungsverfahren sehr wichtig sei. Sie nennt die Eingaben im Bereich Witzeetze als positives Beispiel dafür, wenn viele Bürgerinnen und Bürger auf gefährliche Abschnitte hinweisen, diese auch in Maßnahmen münden könnten.

Herr Seifert antwortet, dass auf der K2 bereits einige Maßnahmen vorgeschlagen seien. Die entsprechenden Baulastträger müssten sich dazu noch äußern.

Vorsitzende Wiehler dankt Herrn Müller für den Vortrag. Sie schließt den TOP mit dem Hinweis, dass die bereits genannten Themen im nicht öffentlichen Teil in einer kleineren Runde diskutiert würden.

5. Vorstellung KMM Lenkungsgruppe

2026/716

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und übergibt das Wort an Frau Mannig.

Frau Mannig erklärt, dass die Lenkungsgruppe des kommunalen Mobilitätsmanagements (KMM) aus ihr als KMM-Koordinatorin sowie den Mobilitätsbeauftragten der Samtgemeinden bestünde. Herr Beckmann von der Samtgemeinde Elbtalau sei anwesend sowie Herr Järnecke von der Samtgemeinde Gartow. Herr

Schulz von der Samtgemeinde Lüchow lasse sich entschuldigen. Sie stellt die Aufgaben und Tätigkeiten anhand einer Folie (siehe Sitzungsvorlage) vor und übergibt im Anschluss das Wort an die anwesenden Mitglieder der Lenkungsgruppe.

Bürgermeister Järnecke betont, dass die Mitarbeitenden des kommunalen Mobilitätsmanagements bei jeder der regelmäßig stattfindenden Lenkungsgruppen-Sitzungen anbieten, an Sitzungen der Samtgemeinden teilzunehmen und zu allen Fragen Rede und Antwort zu stehen. Themen wie E-Mobilität und das Radverkehrskonzept würden in der Lenkungsgruppe ausführlich bearbeitet. Er fühle sich immer gut informiert und nehme auch seine Rolle als Multiplikator der Samtgemeinde Gartow für die Bürgermeisterrunde und auch in den Gremien wahr.

Herr Beckmann, Fachdienstleitung in der Samtgemeinde Elbtalaue für Tiefbau, schließt sich dem Gesagten an. Er weist jedoch darauf hin, dass in der Samtgemeinde Elbtalaue aufgrund der Größe, Komplexität und Vielzahl der Gremien die Prozesse etwas anders liefen als in Gartow.

KTA Herzog wendet ein, dass die Anbindung der Lenkungsgruppe an die Gremien in der Samtgemeinde Elbtalaue nicht funktioniere. Er fragt, woran die Lenkungsgruppe konkret arbeite z.B. bzgl. des Radverkehrskonzeptes.

Frau Mannig entgegnet, dass seit mindestens Anfang letzten Jahres das Angebot an die Samtgemeinden bestünde, die Arbeit, Themen und Tätigkeiten der Lenkungsgruppe in den Samtgemeinden vorzustellen. Zwei Samtgemeinden hätten das Angebot angenommen. Es brauche nur eine Einladung seitens der Samtgemeinden.

KTA Beckmann fragt, ob der Kontakt des KMM auf der Website des Landkreises zu finden sei und auch ob die Protokolle der Lenkungsgruppen-Sitzungen dort zu finden seien.

Frau Mannig antwortet, dass sie über die Funktions-E-Mail-Adresse mobilitaet@luechow-dannenberg.de direkt erreichbar sei. Darüber hinaus könne der Kontakt zu ihr über die Mobilitätsbeauftragten der Samtgemeinden erfolgen. Die Protokolle der Lenkungsgruppen-Sitzungen seien nicht öffentlich einsehbar. Bei Bedarf können Ergebnisse der Sitzungen geteilt werden.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob die Protokolle veröffentlicht werden könnten.

Bürgermeister Järnecke ergänzt, dass er die Protokolle bisher nicht weitergegeben habe, sondern es so halte, dass er im Fachausschuss, dem Samtgemeindeausschuss oder in der Bürgermeisterrunde die Ergebnisse als Informationen weitergebe.

Frau Mannig bestätigt, dass eine Weitergabe der Protokolle bei einigen Themen, die nur in der kleinen Runde besprochen werden dürften, nicht zielführend sei. Jedoch sei es wichtig, dass Informationen aus den Besprechungen über die Mobilitätsbeauftragten an die Samtgemeinden weitergegeben würden.

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, dass zumindest die Agenda mit den TOPs, die bei den Lenkungsgruppen-Sitzungen behandelt würden, weitergegeben werden sollten. So könnten die Gremien entscheiden, ob sie einen Bericht zu den besprochenen Themen einfordern.

Frau Mannig ergänzt, dass sie auch gern die Präsentationen der jeweiligen Sitzungen weitergeben könne.

Vorsitzende Wiehler begrüßt den Vorschlag und schlägt vor, die jeweils letzte Präsentation dem Protokoll des Fachausschusses Klima und Mobilität anzuhängen.

KTA Hensel berichtet, dass sich die Lenkungsgruppe im letzten Jahr dazu ausgetauscht habe, dass das KMM interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Thema Carsharing beraten würde. Er fragt, wie hier der Stand sei.

Frau Mannig hält den Vorschlag für sinnvoll und merkt an, dass das KMM dies auch schon mit den Bürgermobilen mache. Diese würden durch das KMM vernetzt und beraten. Bis Mitte 2025 hatte das KMM zur Nutzung des bis dahin bestehenden Carsharings beraten. Sie sagt, dass sie das Thema Beratung für Carsharing noch einmal aufnehme, um mögliche Bedarfe abzufragen oder ggf. Fachleute einzuladen.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP. Da diverse Anträge zur Schnackenburg Fähre „Ilka“ vorlägen, bittet sie darum, diese in chronologischer Reihenfolge vorzutragen. Sie übergibt das Wort an KTA Flöter.

KTA Flöter geht auf den gestellten Antrag auf Zuschuss zu den Reparaturkosten für die Fähre ein. Sie fasst zusammen, dass weder die Stadt Schnackenburg noch die Samtgemeinde Gartow die Reparaturkosten für die Fähre zahlen könnten. Daher solle der Landkreis einmalig für die zügige Reparatur der Fähre aufkommen, damit diese möglichst bald wieder einsatzfähig sei.

KTA Carmienieke erläutert den Änderungsantrag, den die CDU-Fraktion gestellt habe. Dieser stelle klar, dass die einmalige außerordentliche Zahlung durch den Landkreis ein letztes Mal erfolgen solle. Langfristig solle ein Konzept entwickelt werden, mit dem die Fähre finanziert werden könne. Im Kreistag habe sich ein Großteil für die Freigabe eines Zuschusses durch den Landkreis ausgesprochen. Hauptfrage sei, wie dies finanziert werden könne. Darüber hinaus sei er daran interessiert zu hören, wie der anwesende Landkreis Prignitz zu einer möglichen Kostenaufteilung stehe.

KTA Beckmann stellt den dritten Antrag vor, der von SPD-Mitgliedern gestellt worden sei – ohne KTA Bade. Der Antrag gehe auf die finanzielle Notsituation ein. Die Forderung, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg die Reparaturkosten trage, werde erst unterstützt, wenn das Amt Lenzen und der Landkreis Prignitz ausführlich dargestellt hätten, weshalb eine Beteiligung an den Kosten nicht möglich sei.

EKR Schermuly stellt den Beschlussvorschlag der Kreisverwaltung als Antwort auf den Antrag der Stadt Schnackenburg vor. Er stellt dar, dass die Gelder für die Übernahme der Reparaturkosten durch den Landkreis aus Rückzahlungen der LSE genommen werden könnten, die 2025 aufgrund von Überzahlungen erfolgten. Derzeit kläre die Kreisverwaltung noch, wie genau das Vorgehen der Rückzahlungen erfolgen könne, da diese dem Haushalt zusätzlich hinzugebucht würden. Da die Gelder für die LSE aus demselben Budget der Stabsstelle 60 stammten wie die Gelder für die Fähren, wäre eine Nutzung der Gelder haushaltsrechtlich zulässig.

Vorsitzende Wiehler sagt, dass somit von der Verwaltung ein Vorschlag vorläge, woher das Geld kommen könne. Sie schildert, dass im Kreistag das Problem bestanden habe, dass der gesamte Sachverhalt nicht ganz klar gewesen sei. Viele Erkenntnisse hätten sich überhaupt erst dankenswerterweise durch die Anwesenheit des Samtgemeindegemeindevorstandes und des Bürgermeisters geklärt. Der Bürgermeister habe heute auch noch einmal eine Zusammenfassung geschrieben, die sehr klar und ehrlich sei. Dadurch sei der Stand der Dinge klarer geworden. Sie fragt, ob es Wortbeiträge zur weiteren Sachverhaltsaufklärung gebe.

Frau Karius, stellvertretende Amtsdirektorin des Amts Lenzen, meldet sich zu Wort. Sie schlägt vor, möglichst zeitnah den Fährbeirat tagen zu lassen, in dem alle Beteiligten Mitglied sein. Hier sollten die verschiedenen Auffassungen diskutiert werden. Darüber hinaus bietet sie an, alle Fragen des Fachausschusses aufzunehmen, jedoch ggf. nicht im Rahmen dieser Ausschusssitzung zu beantworten.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob es direkt Fragen an das Amt Lenzen gebe.

KTA Herzog fragt, wie die Kommunikation im Fährbeirat laufe. Nach seinem Verständnis müsse der TÜV-Termin für die Fähre bekannt gewesen sein und es hätte mit einem Jahr Vorlaufzeit besprochen werden können, dass die Reparaturkosten in Höhe von 100.000 Euro nicht tragbar seien. Bereits dann hätte im Fährbeirat ein Konzept erarbeitet werden müssen, dass die Bewältigung der Kosten darstelle. Er fragt, weshalb das nicht möglich sei.

Stellv. Amtsdirektorin Karius antwortet, dass die personelle Situation im Amt Lenzen ohne Amtsdirektor schwierig sei und zudem viele Themen bearbeitet werden müssten. Die Fähren zählten zu den freiwilligen Leistungen. Das Thema sei nun plötzlich aufgekommen.

KTA Hensel fragt, ob sich das Amt Lenzen es zukünftig weiterhin leisten könne, 200.000 Euro Defizit für den Betrieb der zwei Fähren zu tragen, oder ob der Fährbetrieb ggf. beendet werden müsse.

Stellv. Amtsdirektorin Karius antwortet, dass sie derzeit nicht sagen könne, wie lange die finanzielle Last noch tragbar sei. Bisher gebe es noch keine endgültige Lösung ihres politischen Gremiums, wie das Amt Lenzen langfristig die Defizite reduzieren könne. Sie sei in engem Austausch mit Herrn Köhler, an den sie gern das Wort übergebe.

Bürgermeister Köhler stellt die Situation der Stadt Schnackenburg wie im vorliegenden Antrag an die Landrätin dar. Zusammenfassend sagt er, dass im ersten Schritt die Reparatur der Fähre „Ilka“ dringend

notwendig sei. Nur wenn die Fähre zeitnah repariert würde, könne überhaupt über weitere Schritte diskutiert werden. Ansonsten müsste der Fährbetrieb eingestellt werden. Im zweiten Schritt müsse zeitnah für Personal für den Fährbetrieb geworben werden. Aufgrund der derzeit schwierigen Personalsituation könne die Fähre seltener fahren, was zu geringeren Einnahmen führe. Ein weiterer Vorschlag, der in den vergangenen Wochen diskutiert worden sei, ist, den Betrieb für die Fähre Schnackenburg und die Fähre Pevestorf auszuschreiben. In der Vergangenheit seien die Fähren bereits privat betrieben worden. Damit gebe es gute Erfahrungen.

Vorsitzende Wiehler sagt, dass die Stadt Schnackenburg den richtigen Weg eingeschlagen habe mit der Bitte um eine Finanzspritze durch den Landkreis. Sie fragt, ob das Amt Lenzen ebenso an den Landkreis Prignitz herangetreten sein.

Stellv. Amtsdirektorin Karius antwortet, dass es keinen offiziellen Antrag gegeben habe, es jedoch Austausch gebe.

Frau Schütte-Meitzner vom Landkreis Prignitz meldet sich zu Wort und erklärt, dass der Landkreis in der Vergangenheit immer die zwei Fähren des Amts Lenzen mitfinanziert habe. Wenn das Amt Lenzen nun einen offiziellen Antrag stellen würde, würde dieser zur politischen Abstimmung an den Kreistag weitergegeben.

Vorsitzende Wiehler öffnet die Diskussion für Redebeiträge der Ausschussmitglieder.

KTA Siebolds berichtet, dass der Fährbetrieb in Neu Darchau sowie der Fährbetrieb in Bleckede seit 35 Jahren betrieben und ohne kommunale Zuschüsse oder Subventionen – somit auskömmlich - laufe. Für Reparaturen würden Rücklagen gebildet. Personalprobleme gebe es nicht. Dem Antrag der Stadt Schnackenburg gegenüber sei er sehr skeptisch, weil er nicht verstehe, weshalb der Fährbetrieb defizitär sei, trotz jährlicher Gelder durch die Landkreise. Er bietet an, in einen Austausch zum Fährbetrieb zu gehen, um voneinander zu lernen. Er sehe eine weitere Finanzierung der Fähre mit jeweils 50.000 Euro durch die beiden Landkreise sowie 80.000 Euro für die Reparatur – also insgesamt 180.000 Euro für dieses Jahr - nicht ein, wenn es kein belastbares Konzept für einen auskömmlichen Weiterbetrieb gebe. Er stellt zu Diskussion, ob für den Schnackenburg Fährbetrieb ein anderes Fahrgefäß verwendet werden könne. Für 250.000 Euro sei es möglich, innerhalb von drei Monaten eine zulassungsfähige rein elektrische Fähre für den ganzjährigen Transport von Personen und Fahrrädern zu erhalten. Insgesamt sei er noch unentschieden und wolle zunächst die Sachdebatte abwerten.

KTA Schulz hält es für bedauerlich, dass das Amt Lenzen den Finanzierungsantrag bisher noch nicht an den Landkreis Prignitz gestellt habe. Aus seiner Sicht sei der runde Tisch zum Fährbetrieb in der Vergangenheit nicht gut gelaufen. Die Ursache für den defizitären Betrieb liege an den Personalschwierigkeiten. Die Entscheidung über eine neue Fähre stehe dem Landkreis nicht zu, weil er kein Vertragspartner sei. Positiv an der derzeitigen Lage sei, dass der Landkreis nun mitentscheiden könne und sagen könne, dass es nicht weiterlaufen könne wie bisher. Er halte auch die Idee einer Fußgängerfähre anstatt zwei Fähren für sinnvoll. Entschieden werden sollte darüber, ob der Landkreis „good will“ zeigen möchte oder nicht. Sobald es eine Einigung gebe, könne sich auch klären, wer beauftrage, wer bezahle, wer an wen erstatte und wie das mit der Vorsteuer geregelt sei. Zudem halte er für wichtig zu klären, wie die Kostenaufteilung zwischen den beiden Landkreisen sei.

KTA Carmienieke betont, dass die Erarbeitung eines vernünftigen Konzepts wesentlich sei für den Fortbestand des Fährbetriebs. Im Bereich Tourismus leisteten die Elbfähren einen großen Beitrag auf beiden Seiten der Elbe. Dies dürfe bei einer Beschlussfassung nicht außer Acht gelassen werden. Er spricht sich dafür aus, die Reparaturkosten zu finanzieren mit der Auflage, dass die Stadt Schnackenburg, die Samtgemeinde Gartow und das Amt Lenzen ein gutes Konzept für den Fortbestand der Fähre entwickelten und spätestens in drei Jahren, wenn die neue Verkehrssicherheitsprüfung laufe, müsse das Konzept greifen. Die Vorlage der Kreisverwaltung sei für ihn ein Kompromiss, dem er zustimmen könne.

Sprecherin des Landkreises Prignitz stellt klar, dass die Fähre „Ilka“ in Brandenburg nicht zum ÖPNV zähle, weil sie nicht zu dem Bundesland gehöre (Territorialprinzip). Nur der Fähranleger liege dort.

EKR Schermuly merkt an, dass die Fähre sowie die Fährgerechtigkeit der Stadt Schnackenburg und somit zum Land Niedersachsen gehörten. Deshalb zahle das Land Brandenburg keine ÖPNV-Mittel.

KTA Beckmann macht deutlich, dass es für ihn um eine Beschlussfassung zum Antrag der Stadt Schnackenburg gehe. Es sei nicht Aufgabe, darüber zu urteilen, wie die Stadt Schnackenburg und die Samtgemeinde Gartow ihren Fährbetrieb gestalten. Dies Fragen würde er in einen gesonderten Tagesordnungspunkt verschieben. Der Antrag der SPD-Mitglieder habe den Inhalt zu klären, wie die finanzielle Belastung auf möglichst viele Träger verteilt werden könne. Daher schlage er vor den Beschluss des Landkreises Prignitz abzuwarten, welchen Betrag er beisteuern könne.

KTA Flöter merkt an, dass der Fährbetrieb in Neu Darchau aufgrund der höheren Einwohnerzahl nicht mit dem Fährbetrieb in Schnackenburg vergleichbar sei. Zudem erinnert sie daran, dass es in der Vergangenheit Einigkeit darüber gegeben habe, dass die Fähren zur Daseinsvorsorge gehörten und dies seitens des Landkreises für unterstützenswert gehalten worden sei. Darüber hinaus sei es für den Fährbetrieb in Schnackenburg sehr wichtig, dass auch Autos transportiert würden aufgrund des Rettungswesens. Für Rettungswagen entstünden 20 Minuten weniger Fahrtzeit, wenn sie die Fähre für Fahrten zum Krankenhaus Perleberg nutzen könnten. Auch halte sie es für den Landkreis als Tourismus-Region wichtig, den Fährbetrieb aufrecht zu erhalten. Sie halte den Antrag der Kreisverwaltung für unterstützenswert, damit die Fähre bald wieder laufe.

KTA Kretschmer merkt an, dass sie bei dieser Entscheidung ein Problem habe, weil die Fähre aufgrund von Personalknappheit zu lange nicht fahre. Somit sei die Personalfrage für sie von zentraler Bedeutung. Zusätzlich möchte sie für den Beschlussvorschlag ergänzen, dass die Höhe der Zuwendung des Landkreises Lüchow-Dannenberg gleich sein solle, wie die des Landkreises Prignitz.

KTA Hensel hebt hervor, dass ein gemeinsames nachhaltiges Konzept entwickelt werden müsse, das darstelle, wie langfristig das Defizit dauerhaft gesenkt werden könne. Eine reine Personenfähre halte er für schwierig. Er befürchte, dass diese in Brandenburg wenig genutzt würde. Sein Kompromissvorschlag und gleichzeitiger mündlicher Antrag für eine schnelle Lösung ist, dass 90 Prozent der Reparaturkosten vom Landkreis Lüchow-Danneberg getragen werden sollte und die restlichen 10 Prozent von der Samtgemeinde Gartow geleistet würden. Diese könnte sich das Geld ggf. von Brandenburg erstatten lassen.

Vorsitzende Wiehler fragt, was passieren würde, wenn die Reparaturkosten nun gezahlt würden, die Fähre TÜV bekäme und sich dann weiterhin kein Personal fände für den Fährbetrieb.

Beratendes Mitglied Busse sagt, dann hätte die Fähre immer noch einen Wert und könne verkauft werden.

Bürgermeister Köhler ergänzt, dass neues Personal erst aktiv gesucht und ausgebildet werden könne, wenn die Fähre repariert sei und wieder laufe. Für die Ausbildung müsse neues Fährpersonal 180 Tage auf der Fähre fahren, bevor es seine Prüfung ablegen könne.

KTA Herzog spricht sich gegen die komplette Kostenübernahme für die Reparatur der Fähre durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg aus. Er könne nur einer Kostenteilung mit dem Landkreis Prignitz zustimmen und kritisiert, dass der Landkreis Prignitz das noch nicht geklärt habe.

KTA Siebolds bietet an, dass das neue Fährpersonal, falls es möglich und erlaubt sei, auch auf der Fähre in Neu Darchau ausgebildet werden könnte. Zur Kostenübernahme sagt er, dass er diese durch den Landkreis Lüchow-Dannenberg nur mittrage mit einem zusätzlichen Vermerk, dass die Kostenübernahme nur einmalig und letztmalig erfolge. Zusätzlich schlägt er vor, dass der Beitrag des Landkreises um den Anteil verringert werden solle, den der Landkreis Prignitz übernehme – ohne eine Prozentangabe. Darüber hinaus halte er es für wichtig, die jährlichen 50.000 Euro zur Finanzierung des Fährbetriebs zu beschränken. Ein neues Konzept solle schnellstmöglich erarbeitet und realisiert werden. Jetzt könne er für die Kostenübernahme für ein Jahr zustimmen, dann sollte sie gestoppt werden und dann könne sich noch einmal zusammengesetzt werden.

KTA Beckmann möchte für den Antrag der SPD-Mitglieder werben, der die Punkte enthalte, die in der Diskussion aufgekommen sein: „1. Die Gemeinde Schnackenburg und die Samtgemeinde Gartow beteiligen sich an den Kosten für die Reparatur der Fähre.“ „2. Gleichzeitig nimmt die Landrätin Kontakt zu ihrem Kollegen des Landkreises Prignitz auf, um über eine Teilung der anfallenden Kosten sowie mögliche Fördermittel zu verhandeln.“ Er fordert, dass sich diese Sätze in dem zu beschließenden Antrag wiederfinden sollten.

EKR Schermuly merkt an, dass die Landrätin bereits zum Landrat von Prignitz Kontakt aufgenommen habe.

Vorsitzende Wiehler bittet das Amt Lenzen darum, den Antrag auf Kostenübernahme so bald wie möglich an den Landkreis Prignitz zu stellen.

Vorsitzende Wiehler fasst die Diskussion zusammen und formuliert zwei neue Antragstexte und führt die Abstimmung dazu durch:

Antrag 1:

Der Fachausschuss Klima und Mobilität fordert den Fährbeirat auf, ein Konzept zu entwickeln, welches spätestens im letzten Ausschuss für Klima und Mobilität in 2026 vorgestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 10, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 0.

Antrag 2:

Der Fachausschuss Klima und Mobilität empfiehlt, dass der Landkreis die Finanzierung für die Reparatur der Schnackenburg Fährre "Ilka" in diesem Jahr übernimmt, jedoch mit der Aufforderung eine Kofinanzierung zu suchen und diese gegen zu rechnen.

Abstimmungsergebnis:

geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 6, Nein-Stimmen: 4, Enthaltung: 0.

KTA Schulz fragt, wer beauftrage und wer bezahle.

EKR Schermuly antwortet, dass diese Fragen noch geprüft werden müssten. Ziel der Kreisverwaltung sei, nur die netto Summe zahlen zu müssen. Im Antrag sei mit den 95.200 Euro die Bruttosumme aufgeführt.

Vorsitzende Wiehler bittet die Kreisverwaltung darum, das Prüfergebnis bis zur nächsten Kreistagssitzung mitzuteilen. Sie dankt allen Anwesenden für die produktive Diskussion und schließt den TOP.

7. Kreisweites Klimaschutzkonzept 2025 (Fortschreibung des Masterplan 100% Klimaschutz in Lüchow-Dannenberg)	2025/668
---	----------

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP. Sie merkt zur Sitzungsvorlage an, dass in dem Beschlussvorschlag fälschlicher Weise die 1,25 VZÄ stünden.

Frau Dittmer bestätigt, dass in der Vorlage der alte Beschlussvorschlagstext stünde. Die vom Kreistag neu formulierte Version habe sie daher mitgebracht.

Vorsitzende Wiehler leitet ein, dass wie gefordert diverse Vorschläge durch die Fraktionen auf unterschiedlichen Kanälen eingegangen seien. Diese sollten nun noch einmal von den Ausschussmitgliedern vorgetragen werden.

KTA Herzog trägt die von der SOLI eingereichten sechs Punkte gemäß Vorlage vor. Die Evaluation der Klimaschutzmaßnahmen des Masterplans müsse vollständig und realitätsnah erfolgen. Darüber hinaus fehlten Maßnahmen aus den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, regionale Kreisläufe und Mobilität. Zusätzlich solle die Einteilung der Maßnahmen in Pflicht und freiwillig überarbeitet werden. Es fehlten konkrete Zielgrößen für die einzelnen Maßnahmen. Außerdem fehle der per Gesetz vorgegebene Bereich der Klimafolgenanpassung, der zur Pflichtaufgabe werde. Zudem sei eine verlässliche Kommunikation zwischen allen kommunalen Ebenen inklusive der politischen Gremien festzulegen. Zuletzt sei eine Konnexität entsprechende Finanzierung einzufordern.

Vorsitzende Wiehler fragt Frau Dittmer, ob sie auf die inhaltlichen Punkte jetzt eingehen möchte.

Frau Dittmer schlägt vor aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, die inhaltlichen Antworten, die sie zu jedem Punkt habe, wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen, in einer kleineren Runde als Arbeitsgruppe zu besprechen. Sie merkt an, dass Pflichtaufgaben sich aus der Gesetzgebung ergeben.

KTA Carmienieke trägt die Punkte von der CDU gemäß Antrag vor. Der Fraktion sei negativ aufgefallen, dass zwei wesentliche Punkte in dem Klimaschutzkonzept fehlten. Zum einen werde die Biogas-Technologie zu negativ betrachtet, zum anderen fehle die Betrachtung des Geothermie-Projektes auf dem Bergwerk in Gorleben. Die Überarbeitung des Konzeptes bzgl. Biogas solle dem Stellenwert gerecht werden, die die Biogas-Technologie in Lüchow-Dannenberg habe. So wie im Konzept dargestellt seien die THG-Emissionen von Biogas mit anderen Maßstäben bemessen als bei den anderen Energieträgern. Zum Geothermie-Projekt in Gorleben habe er der Verwaltung die Pläne dafür zukommen lassen (siehe Vorlage). Hier gebe es bereits laufende Verhandlungen mit Unternehmen. Aufgrund der großen Auswirkungen müsse sich dieses Thema im Konzept wiederfinden. Darüber hinaus fordert er ebenfalls eine konkretere Analyse der bisherigen Klimaschutzmaßnahmen.

KTA Herzog merkt bzgl. des Geothermie-Projektes an, dass dies bereits betrachtet worden sei auch seitens des Bergamtes. Die Planungen seien verworfen worden, weil sie nicht umsetzbar seien. Es sollten keine Themen im Konzept behandelt werden, die bereits abgehakt seien.

KTA Carmienieke widerspricht dem und berichtet, dass es Investoren mit konkretem Interesse gebe, in Gorleben Bohrungen vorzunehmen. Ziel des Vorhabens sei es, Wasserstoff herzustellen und dies mit erneuerbaren Energien zu verbinden. Die Samtgemeinde Gartow und die Gemeinde Gorleben arbeiteten derzeit daran, dieses Konzept umzusetzen.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob es die Aufgabe des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises sei, eventuelle private Interessen an einer Energiegewinnung positiv in einem Masterplan zu behandeln und verneint dies.

KTA Carmienieke entgegnet, dass hinter jedem Energiepark private Interessen stünden und Auswirkungen auf die klimaneutrale Energieherstellung hätten.

KTA Siebolds merkt an, dass es in dem Konzept nicht um Neuerkundungen gehe. Wenn ein Privatinvestor Anlagen plane, könne dies nicht eins zu eins im Klimaschutzkonzept übernommen werden. Jedoch müsste die Thematik Wasserstoffgewinnung mit Hilfe von erneuerbaren Energien in dem Konzept gewichtet sein und das Potenzial bewertet werden.

KTA Carmienieke stellt klar, dass das Ansinnen der CDU-Fraktion sei, die vorliegende Stellungnahme für das Raumordnungsprogramm im Bereich der Samtgemeinde Gartow mit zu betrachten.

Vorsitzende Wiehler fasst zusammen, dass es zwei wesentliche Kritikpunkte am Klimaschutzkonzept gebe und somit zwei Teile der Überarbeitung. Erster Teil: Zum einen gebe es Kritik an der Struktur des Konzeptes, die nicht so klar und somit gut evaluierbar sei wie beim Klimaschutzkonzept für die Kreisverwaltung. Daher sei es notwendig, die Evaluation der bisherigen Klimaschutzmaßnahmen grundlegend zu überarbeiten. Zweiter Teil: Zum anderen gebe es Kritik an der inhaltlichen Darstellung, welche Klimaschutzmaßnahmen Schwerpunkte seien, die die Kreispolitik für den Klimaschutz im Kreisgebiet für relevant und durchführungswert halte.

Vorsitzende Wiehler betont, dass die Kreisverwaltung mit der Bearbeitung des „ersten Teils“ – also der Überarbeitung der Maßnahmeevaluation – direkt starten könne. Hier sei wichtig darzustellen, was als Maßnahme beschlossen worden sei, ob sie umgesetzt worden seien, ob die Umsetzung als Klimaschutzmaßnahme erfolgreich gewesen sei. Als Beispiel führt sie die Maßnahme zum Carsharing an: Eine Maßnahme könne nicht als erfolgreich bewertet werden, wenn sie sich rechtlich nicht getragen habe. Bei der Auswertung des Carsharings wäre wichtig zu schreiben, dass gelernt worden sei, dass das Carsharing-Konzept kreisweit keinen Sinn habe, es jedoch in kleineren Gebieten durchaus sinnvoll sein könne. Vorsitzende Wiehler führt weiter aus, dass für die Umsetzung des „zweiten Teils“ die Gründung einer Arbeitsgruppe notwendig sei.

KTA Siebolds betont, dass er vor allem den „ersten Teil“ für sehr wichtig halte, denn es fehlten die Erfolgsfaktoren für die einzelnen Maßnahmen. Ohne eine Nacharbeitung durch die Verwaltung sei die bisherige Evaluation nicht aussagefähig. Wichtig sei darzustellen, was die Maßnahme gebracht habe, was übergekommen, im Netz hängengeblieben und daraus gelernt worden sei. Dies sei relevant, um in einen Lernprozess zu kommen. Darüber hinaus halte es für den „zweiten Teil“ für sehr sinnvoll, in einer Arbeitsgruppe festzulegen, wo vielversprechende Schwerpunkte für den Klimaschutz liegen, die auch messbar, bewertbar und machbar seien. Das Ergebnis könnte ein halb so großes Papier sein und somit eine bessere Arbeitsgrundlage.

KTA Herzog begrüßt die Gründung einer Arbeitsgruppe. Auch wenn es zeitintensiv sei, sei es sinnvoll, inhaltliche Themen dorthin auszulagern, um die Ausschusssitzungen nicht zu überladen. Zum Thema Tiefengeothermie merkt er an, dass dies ein weites Feld sei und viele Probleme mit sich bringen könne. Daher möchte er jetzt nicht in einem Beschluss festlegen, dass Geothermie in das Klimaschutzkonzept mitaufgenommen werden müsse. Wichtig sei für ihn das Thema Biogas, das der Status Quo insbesondere bzgl. Wärmekonzepte im Klimaschutz betrachtet würde. Diese Themen könnten gern in der Arbeitsgruppe diskutiert werden.

KTA Kretschmer betont, dass eine gute Evaluation und Dokumentation darüber, welche Klimaschutzmaßnahmen gescheitert oder erfolgreich seien, sehr wichtig sei mit Blick auf den neuen Kreistag oder auch bei Personalwechsel in der Verwaltung und den Gremien. So müssten Themen nicht neu diskutiert oder erklärt werden, sondern es sei alles klar dokumentiert auf jede Maßnahme bezogen.

Frau Dittmer erklärt, dass die Dokumentation der Erfahrungen bzw. Lerneffekte als Zusammenfassung auf den Seiten 126/127 formuliert sei, sie diese jedoch für jede Maßnahme einzeln erstellen könne.

Vorsitzende Wiehler regt an, zukünftig nicht mehr in Papierkonzepten zu denken, sondern in digitalen Versionen. Dann hätten Lesende des Konzeptes die Möglichkeit, z.B. die detaillierte Evaluation einer für sie interessanten Maßnahme per Klick auszuklappen. Wichtig sei, dass es effektiver werde und Lesende von umfangreichen Konzepten sich nicht erschlagen fühlten.

KTA Kretschmer ergänzt, dass diese Arbeit des Durcharbeitens von umfangreichen Konzepten für die ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker nicht mehr zu leisten sei.

Vorsitzende Wiehler führt aus, dass alle Ausschussmitglieder sich einig waren, in dem Konzept für

bestehende Infrastrukturen, die Wärme- und Strom-Versorgungsmöglichkeiten darstellten, Perspektiven aufzuzeigen, ob diese noch so gewollt seien oder der Kreis nur noch auf Wärmepumpen und Strom setze. Es sollte klarwerden, was für den Landkreis wichtig sei, um einen resilienten Energiemix zu haben mit bestehenden Infrastrukturen. Für sie sei nicht nachvollziehbar, weshalb bei der BSKO-Berechnung nachwachsende Rohstoffe genauso betrachtet würden wie fossile Energieträger. Deshalb solle das Konzept darstellen, was der Landkreis in der Gesamtschau für richtig und wichtig halte, unabhängig von der derzeit gültigen CO₂-Berechnung.

Nachtrag zum Protokoll: Die BSKO-Methodik berücksichtigt Treibhausgasemissionen von fossilen und biogenen Brennstoffen unterschiedlich. Dies wird in Kapitel 2.5 erläutert und auch in Tabelle 6 (S. 38) in einer Übersicht dargestellt. Beim Strom muss aufgrund der methodischen BSKO-Vorgaben der deutsche Strommix betrachtet werden, dennoch sind nachrichtlich auch technologie-übergreifend die einzelnen EE-Stromerzeugungsvarianten vergleichend hinsichtlich der THG-Bilanz dargestellt (siehe Tabelle 9, S. 57). In beiden Fällen wird das CO₂, das aus der biogenen Verbrennung entsteht, nicht mit bilanziert. Auf den zeitlichen Faktor (die so genannte „Carbon Debt“ bzw. Kohlenstoffschuld) wird u.a. auf S. 43 hingewiesen.

StL Simon stellt klar, dass der zweite Teil dieser Beschlussfassung, der die Gründung einer Arbeitsgruppe sowie die Ausarbeitung der neuen Schwerpunkte umfasse, nur mit der zusätzlichen Personalstelle gemäß Beschlussfassung vom 15.12.2025 angegangen werden könne. Ihm sei wichtig, dass allen klar sei, dass die derzeitige Besetzung des Klimaschutzmanagements für die Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Pflichtaufgaben zuständig sei. Die Überarbeitung der Evaluation könne noch mit abgedeckt werden. Alle weiteren Arbeiten am kreisweiten Klimaschutzkonzept könnten jedoch nur mit der zusätzlichen Personalstelle abgedeckt werden, da diese Tätigkeiten im Bereich der freiwilligen Aufgaben lägen. Er arbeite derzeit daran in Kürze eine Stellenausschreibung zu veröffentlichen.

Vorsitzende Wiehler fasst die zwei Teile für die Abstimmung zusammen und führt die Abstimmung durch.

Teil 1:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das kreisweite Klimaschutzkonzept hinsichtlich einer ausführlicheren Evaluation der durchgeführten Maßnahmen des Masterplans 2017 (siehe Tabelle 4, S. 30ff.) zu ergänzen. Hierbei soll herausgearbeitet werden, welche Bestandteile der einzelnen Maßnahmen durchgeführt wurden, ob und wie erfolgreich sie waren und welche Erfahrungen für mögliche Folgemaßnahmen daraus abgeleitet werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 10, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 0.

Teil 2:

Der Fachausschuss empfiehlt die Gründung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus jeweils einer Person aus den Fraktionen des Fachausschusses. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist die im kreisweiten Klimaschutzkonzept enthaltenen Maßnahmen festzulegen und diese weiter auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 9, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 1.

8. Antrag von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Donat, KTA Haase-Mühlner, KTA Herzog, KTA Hillmer, KTA Klepper, KTA Korth, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.01.2026: Umsetzung einer Landesbuslinie zwischen Wittenberge (Bahnhof) und Gartow (Kirche)	2026/692
--	----------

Vorsitzende Wiehler bittet einen der Antragstellenden, den Antrag vorzustellen.

KTA Beckmann erläutert den Antrag gemäß Vorlage.

KTA Carmienke merkt an, dass über den Antrag nicht abgestimmt werden könne, da Landesbuslinien nur eine Förderung erhielten, wenn sie von Mittelzentrum zu Mittelzentrum fahren würden. Zudem weist er daraufhin, dass die Landesbehörde nicht durch mehrere Anträge gleichzeitig überlastet werden solle. Es gebe Bedenken, dass dann kein Antrag bewilligt würde.

KTA Beckmann wendet ein, dass die rechtliche Bewertung des Antrags nicht Aufgabe der Kreistagsabgeordneten sei. Er erwarte, dass eine rechtliche Prüfung des Antrags durch die Kreisverwaltung erfolge.

StL Simon bestätigt die Richtigkeit von KTA Carmienkes Aussage. Würde die Strecke bis nach Lüchow

laufen, wäre eine Förderung möglich, nur sei die Attraktivität der Strecke fraglich. Herr Kurt von der VNO habe bereits eine schriftliche Einschätzung zu dem Antrag gegeben, die die genannten Schwierigkeiten darstelle. Er werde diese Einschätzung allen Ausschussmitgliedern zukommen lassen.

KTA Hensel merkt an, dass die Busverbindung von Gartow nach Wittenberge, die durch Sachsen-Anhalt führe, für das Bundesland gänzlich uninteressant wäre. Zudem liege gerade der Fokus auf den Bemühungen einer Landesbuslinie von Dannenberg nach Uelzen. Er schlägt vor, mit dem Landkreis Stendal Kontakt aufzunehmen und darum zu bitten, die Rufbuslinie von Seehausen nach Gartow zu verlängern. So sei schon einmal ein Anfang gemacht.

KTA Haase-Mühlner betont die Wichtigkeit, den Busverkehr in Richtung Osten zu öffnen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass dort eine Autobahn entstehe und dies ein Zubringer sein könnte.

KTA Beckmann weist StL Simon darauf hin, dass er die Informationen der VNO im Vorfeld der Sitzung gern schriftlich gehabt hätte.

Vorsitzende Wiehler leitet die Abstimmung über den von KTA Hensel neu formulierten Vorschlag ein und schließt anschließend den TOP.

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Landkreis Stendal Kontakt aufzunehmen, um die Rufbuslinie 952 Seehausen nach Gartow zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 10, Nein-Stimmen: 0, Enthaltung: 0.

9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

9.1. Energiebericht 2024

2026/717

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und bittet darum, nur zentrale Erkenntnisse kurz vorzutragen.

Herr Conrad trägt die Ergebnisse des Energieberichts 2024 gemäß Sitzungsvorlage vor. Speziell geht er auf die neu erworbene Liegenschaft in Neu Tramm ein. Er berichtet, dass sich die Verbräuche von Öl, Strom und Wärme aktuell noch auf die gesamte ehemalige Kaserne in Neu Tramm bezögen. Derzeit werde daran gearbeitet Messtechniken einzubauen, die die reinen Daten für den Teil der Liegenschaft lieferten, die im Eigentum des Landkreises seien. Plan sei, für das Jahr 2026 saubere Liegenschaftsdaten aus Neu Tramm vorlegen zu können.

KTA Carmienieke fragt, weshalb die Separierung erst jetzt erfolge und nicht direkt zu Beginn der Nutzung der Liegenschaft erfolgt sei. Er fragt, wie derzeit abgerechnet werde.

Herr Conrad berichtet, dass es technisch aufwändig sei, die Abtrennung vorzunehmen. Derzeit gebe es ein Heizhaus für die Wärmeversorgung, das nicht im Eigentum des Landkreises sei. Ähnlich sei es bei Strom und Wasser, dass ein gewisser technischer Aufwand betrieben werden müsse für die Separierung. Die bisherigen Abrechnungen liefen über den Haushalt des Landkreises über den Fachdienst 57. Seit Mitte 2025 gebe es einen Versorgungsvertrag und daraufhin versuche das Gebäudemanagement nun, die Trennung herzustellen. Derzeit arbeite er daran, mit externen Dienstleistern Zähler für Wasser, Wärme und Strom einbauen zu lassen.

KTA Carmienieke fragt, weshalb diese Zähler nicht direkt zu Beginn der Nutzung eingebaut worden seien.

EKR Schermuly erläutert, dass die Trennung von Beginn an geprüft worden sei. Jedoch sei es technisch nicht so einfach. Er berichtet, dass es auf dem Gelände ein Pumphaus gebe, das das Wasser komplett ins Netz verteile. Derzeit sei es so geregelt, dass der Wasserverband den Teil, der nicht dem Landkreis gehöre, abgesperrt habe. Denn nur der Bereich des Landkreises sei desinfiziert. Im Bereich des Heizens sei die Lage etwas komplexer, weil das Heizhaus woanders läge und auch auf dem Weg zu den Gebäuden des Landkreises Wärme verloren ginge. Derzeit befinde sich die Verwaltung mit dem Gebäudemanagement in der Planung, wie das Ganze neu aufgestellt werden könne.

Herr Conrad ergänzt, dass der Landkreis bei der Stromversorgung der Liegenschaft an die EVE gebunden sei, weil der Übergabepunkt des Stroms ebenfalls in dem Heizhaus sei. Unterzähler, die dort installiert seien, seien so veraltet, dass sie für eine Abrechnung nicht mehr genutzt werden könnten. Es seien Dienstleister beauftragt, die diesen Missetand abstellen sollen.

Vorsitzende Wiehler bittet die Verwaltung darum zu klären, in welchem Fachausschuss die die Bewirtschaftung der Liegenschaft Neu Tramm behandelt werde. Sie verstehe nicht, weshalb dieses Thema zufällig über den Energiebericht auf die Tagesordnung komme.

KTA Herzog fragt, welche anderen Wassernutzenden es auf dem Gelände gebe mit Blick auf die Wasserverbräuche.

Frau Dittmer antwortet, dass nach Auskunft des Sozialamtes im Jahr 2024 im Durchschnitt 140 Menschen in der Unterkunft lebten. Bei einem Durchschnittsverbrauch von 47 Kubikmeter Wasser, sei der Wert nachvollziehbar.

EKR Schermuly ergänzt, dass Aussage des Wasserverbands sei, dass dieser im Rahmen läge und wenig Wasser verbraucht werde. Das komplexere Thema sei eher die Wärmeversorgung.

KTA Carmienieke erläutert, dass das Gebäudemanagement keinem Fachausschuss zugeordnet sei, jedoch KTA Teil des Gremiums des Gebäudemanagements sein.

EKR Schermuly ergänzt, dass die Liegenschaften je nach Funktion den Fachausschüssen zugeteilt seien. Es müsse darüber entschieden werden, welchem Fachausschuss die Liegenschaft Neu Tramm zugeordnet werde. Haushalterisch sei Neu Tramm beim Sozialamt angesiedelt, weil es eine Unterkunft für Geflüchtete sei.

Vorsitzende Wiehler fordert die Verwaltung auf, bis zur nächsten Ausschusssitzung des KliMo zu klären, welchem Fachausschuss die Liegenschaft Neu Tramm zugeordnet werde. Sie sehe das Thema am ehesten im BRW.

KTA Beckmann fragt bzgl. der Wärmeversorgung, weshalb sich die finanziellen Ausgaben für das Kreishaus im Vergleich zu Neu Tramm bei fast gleichem Verbrauch doppelt so hoch seien.

Herr Conrad erläutert, dass in Neu Tramm mit Öl geheizt werde, was in 2024 kostengünstiger als Gas gewesen sei. Das Kreishaus werde zu 50 Prozent mit Öl und zu 50 Prozent mit Gas beheizt. 2024 sei der Gaspreis aufgrund der Ausschreibung ohne Gaspreisbremse sehr hoch gewesen. Die deutliche Preissteigerung sei auch bei anderen Liegenschaften sichtbar, die rein mit Gas beheizt würden. 2025 seien die Gaspreise auf einem verhältnismäßig gleichen Niveau, was entsprechend eine Kostensenkung zur Folge habe. Der Strompreis befände sich wieder auf dem Niveau wie vor dem Krieg in der Ukraine. Zum Stand der Heizungstauschplanung berichtet er, dass für das Gymnasium Lüchow und die Jeetzel-Oberschule eine neue Ausschreibung für eine Wärmepumpe stattfinden werde. Die dafür geplanten Gelder aus 2025 werden nach 2026 übertragen. Das Haus des Ehrenamtes falle aus der Planung heraus, da hier ohne Rücksprache ein neuer Gaskessel eingebaut worden sei. Zur Sporthalle in Hitzacker berichtet er, dass der Lieferant Naturenergie die Halle nicht mit Fernwärme versorgen könne. Somit werde hier geprüft, in welchem Jahr der Gaskessel ausgetauscht werden könnte.

KTA Herzog fragt, wie hoch der Anteil sei, weshalb Naturenergie die Sporthalle nicht mit Fernwärme versorgen könne.

Herr Conrad antwortet, dass dies nicht bekannt sei. Die Sporthalle benötige 158 kW Heizleistung als Grundheizlast mit warmem Wasser.

Vorsitzende Wiehler erklärt, dass Naturenergie ab einem bestimmten Wärmeumfang ein zweites Rohr durch die Bahntrasse legen daher die Deutsche Bahn involvieren müsste. Dies sei sehr schwierig. Sie dankt Herrn Conrad für den Bericht und die Erläuterungen und schließt den TOP.

**9.2. Bericht zur Verwendung der Mittel zur Finanzierung von
Energiesparmaßnahmen in kommunalen Wohnungen im Zuge der
Energiekrise (KT-Beschluss 2023/544)**

2026/718

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP und kommentiert, dass das Geld, das Landkreis seitig in die Maßnahmen investiert worden sei, auf Mieterseite eingespart worden sei. Es sei wichtig, die Information auch an die Samtgemeinden weiterzugeben.

KTA Beckmann sagt, dass er hoffe, dass die einzelnen Gemeinden nun tätig würden und ihre Umwälzpumpen auswechselten.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

9.3. Evaluation kostenloses Jahresticket bei Führerscheiverzicht

2026/719

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

Frau Mannig präsentiert die Zahlen entsprechende der Evaluation in der Sitzungsvorlage.

KTA Herzog betont, dass es sehr wichtig sein, auf die Möglichkeit des Führerscheiverzichts auch bei der Veröffentlichung verwandter Themen hinzuweisen, wie z.B. in Pressemitteilungen.

Frau Mannig nimmt dies Anregung auf.

Vorsitzende Wiehler schließt den TOP.

9.4. Bürgermobile auf www.wendlandmobil.de

2026/720

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

Frau Mannig berichtet, dass auf dem letzten Vernetzungstreffen mit den Bürgermobilen gesagt worden sei, dass die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Bürgermobile erhalten bleiben solle. Im vorletzten KliMo sei der Eindruck entstanden, die Bürgermobile sollten in den ÖPNV integriert werden.

KTA Beckmann fragt, ab wann die Bedürftigkeit älterer Menschen anfrage.

Frau Mannig antwortet, dass die Bürgermobile in den unterschiedlichen Gemeinden unterschiedliche Grenzen haben, wann sie anfangen zu fahren und wann nicht.

Vorsitzende Wiehler sagt, dass die Bürgermobile sehr gut angenommen würden und es viel mehr davon auch in anderen Gemeinden bräuchte. Dies sollte entsprechend beworben werden.

Frau Mannig berichtet, dass es eine neues Bürgermobil in Karwitz geben soll. Derzeit prüfe die Gemeinde eine Umsetzung und werde dabei durch das KMM und den Austausch mit anderen Bürgermobilen beraten

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, den Bürgermobilen eine große Wertschätzung entgegen zu bringen, sie ggf. mit Preisen auszeichnet und so andere Kommunen dazu bewegt, ebenfalls welche einzurichten. Sie schließt den TOP.

9.5. Vergabe Auftrag „Digitale Energiedatenerfassung mit Energiemanagement-Software

2025/684

Zu diesem TOP gab es keine Fragen oder Anmerkungen.

9.6. Elektrobusbeschaffung LSE

2025/682

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

KTA Beckmann fragt nach der Ladeinfrastruktur für die E-Busse, ob diese auf dem neuen Bauhof sei oder dezentral über den Landkreis verteilt. Das vor einiger Zeit vorgestellte Konzept aus Mecklenburg-Vorpommern halte er für hoch interessant. Er kritisiert, dass E-Busse beschafft würden, ohne die entsprechende Infrastruktur zur Beladung.

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, dass Thema in den gemeinsamen Ausschuss am 14.04.2026 mitzunehmen und die LSE um eine Vorstellung der Thematik zu bitten.

EKR Schermuly bestätigt, dass das Thema beim gemeinsamen Ausschuss zum neuen Bau-/Betriebshof behandelt werde. Sollte dort kein Beschluss gefasst werden, könne die Ladeinfrastruktur von Irro mitgenutzt werden, da das Unternehmen gerade komplett auf Elektromobilität umrüste.

Vorsitzende Wiehler entgegnet, dass dies gegen einen eigenen Betriebshof spreche, das Thema jedoch in dem Sonderausschuss ausführlich diskutiert werden müsse. Sie schließt den TOP.

9.7. Beschaffung eines Einachsmähgerät Köppl Taurus 23

2026/722

Zu diesem TOP gab es keine Fragen oder Anmerkungen.

9.8. Beschaffung einer fahrbaren Absperrtafel

2026/723

Zu diesem TOP gab es keine Fragen oder Anmerkungen.

gez. Wiehler

Vorsitzende

gez. Roux

Protokollführung